

Frage

Die Vernichtungskampagne gegen das Kantonsspital, die als Vergeltungsmassnahme für den Rücktritt eines Chefarztes für Chirurgie von einer gewissen Zürcher Boulevardpresse orchestriert worden ist, endet mit einem riesigen Flop. Nicht nur kommt das von kantonsexternen Sachverständigen durchgeführte Audit zum Schluss, dass die Vorwürfe gegen die Chirurgie, die Neurochirurgie und die Operationsabteilung völlig unbegründet sind, sondern es lässt auch durchblicken, die irreführenden Behauptungen seien in Missachtung der für den Journalismus geltenden berufsständischen Regeln in die Welt gesetzt worden. Da dieser Punkt aber nicht Gegenstand des Mandats war, ging das Audit nicht im Einzelnen darauf ein.

Nun konnte zwar mit dem Audit die Freiburger Bevölkerung beruhigt werden, dennoch hat dieser ganze Rummel rund um den Grössenwahn von Ärzten, die sich – im ungestillten Tatendrang zum Praktizieren einer entmenslichten und aggressiven Spitzenmedizin – nach Freiburg wandten, dessen Kantonsspital aber weder den Auftrag noch die Mittel für den Wettstreit mit den Universitätsspitalern hat, Schäden hinterlassen. Zunächst einmal einen Image-Schaden, haben doch die betreffenden in der Presse reichlich breit gewalzten Artikel das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Spital und sein Management untergraben. Des weiteren einen finanziellen Schaden, denn der ganze Vorgang, angefangen von der Finanzierung einer Mediation bis zur Finanzierung eines Audit, ist die Freiburger Steuerpflichtigen teuer zu stehen gekommen.

Daher frage ich den Staatsrat, auf welche Kosten insgesamt sich diese Operation beläuft (Mediation, Audit usw.), auf welches Budget dieser Betrag geht und ob der Staatsrat daran denkt, gegen den *Beobachter* eine Schadenersatzklage und/oder eine Anzeige einzureichen.

13. Juli 2007

Antwort des Staatsrats

Infolge der Vorwürfe in zwei Artikeln der Zeitung *Der Beobachter*, die am 22. Dezember 2006 und am 3. Januar 2007 erschienen waren, beauftragte der Verwaltungsrat des Freiburger Spitalnetzes (FSN) am 2. Februar 2007 Herrn Mario Annoni mit der Durchführung eines Audits. Die Kosten dieses Audits belaufen sich auf 52 814.30 Franken; in dieser Summe sind auch die Kosten für die Arbeit des medizinischen Experten und der beiden Juristinnen inbegriffen. Da das Audit vom freiburger spital in Auftrag gegeben wurde, werden diese Kosten von diesem übernommen. Am 30. August 2007 verzichtete das freiburger spital auf eine Klage gegen die Zeitung oder weitere Personen. Die Kosten für den Mediationsversuch beziehungsweise das Coaching durch Herrn Haudenschild im Jahr 2006 belaufen sich auf 39 906.80 Franken.

Wie schon in der Antwort auf die Postulate Johner/Zadory und Bapst/Waeber (P2001.07 und P2009.07) dargelegt, ist der Staatsrat von den Schlussfolgerungen des Audit-Berichts sehr befriedigt, zeigen sie doch klar auf, dass die Behauptungen, das Leben von Patientinnen und

Patienten im Kantonsspital (heute: freiburger spital – Standort Freiburg) sei aufs Spiel gesetzt worden, falsch sind. Aus dem Bericht geht ferner hervor, dass die Patientinnen und Patienten in professioneller Art und Weise versorgt worden sind. Um die Transparenz zu gewährleisten, wurde der Audit-Bericht von Mario Annoni vollumfänglich an die Mitglieder des Grossen Rates übermittelt und auf der Website der Direktion für Gesundheit und Soziales sowie des freiburger spitals veröffentlicht.

Ausserdem stellt der Staatsrat fest, dass mehrere von Herrn Annoni vorgeschlagene Massnahmen schon umgesetzt worden sind oder in naher Zukunft umgesetzt werden. An seiner Sitzung vom 14. Juli 2007 beschloss der Verwaltungsrat des freiburger spitals namentlich:

- klar und genau die Rolle und die Kompetenzen der Organe und der Verantwortlichen des freiburger spitals festzulegen: Verwaltungsrat, Delegationen des Verwaltungsrats, Generaldirektion, Direktionsrat und Ärztekollegium;
- einen Sachverständigen damit zu beauftragen, den neuen Direktionsrat in seinen ersten Arbeitsmonaten zu begleiten;
- die Rangfolge der Operationen zu formalisieren, indem Prioritäten gesetzt werden, je nachdem ob es sich um einen lebensbedrohlichen Notfall handelt, der keinerlei Aufschub duldet, oder um andere dringende Fälle, die eine Operation innert 3 bis 4, innert 24 Stunden usw. erfordern;
- die Unterordnung der für die Operationsabteilung verantwortlichen Ärzte unter den medizinischen Direktor zu bestätigen;
- die Organisation und den Auftrag der Apotheke des HFR genau zu bestimmen;
- ein Konzept für das Konfliktmanagement einzuführen und zur Anwendung zu bringen;
- am Konzept für die interne und die externe Kommunikation weiterzuarbeiten;
- die Zweisprachigkeit am Standort Freiburg durch konkrete Massnahmen zu verstärken;
- alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzuladen, sich an diesem Prozess zu beteiligen und alle ihre Bemerkungen mitzuteilen.

Aufgrund dieser Überlegungen wünschen weder der Staatsrat noch der Verwaltungsrat des FSN eine gerichtliche Klage einzureichen oder in anderer Weise vorzugehen. So wie der Bericht Annoni nicht die Qualität der journalistischen Recherchen zum Thema hat, hat auch der Staatsrat nicht den Ehrgeiz, sich zu dieser Frage zu äussern.

Der Staatsrat teilt die Auffassung von Grossrätin Erika Schnyder, wonach die Freiburger Bevölkerung dank dem Audit-Bericht beruhigt werden konnte. Die vom Verwaltungsrat ergriffenen Massnahmen und seine Entscheide haben dazu beigetragen, das Vertrauensklima zu stärken.

Freiburg, den 4. März 2008